

Peter Schier

# Intraelitäre Gruppen und Konflikte in der Volksrepublik China

1. Einleitung
2. Die Ära Mao Zedong, 1949-1976
  - 2.1. Das maoistische Entwicklungskonzept
  - 2.2. Das Konzept des sanierten Sowjetmodells
3. Die Ära Deng Xiaoping, 1978 ff.
  - 3.1. Vom antikulturrevolutionären Bündnis zur Abkehr vom maoistischen Entwicklungskonzept
  - 3.2. Vom antimaoistischen Bündnis zur Anti-Reform-Koalition
  - 3.3. Intraelitäre Gruppen und ihre Positionen seit Beginn der 80er Jahre
  - 3.4. Vom Teilkonflikt über die Wirtschaftsreformen zum Grundsatzkonflikt über das gesellschaftliche Entwicklungskonzept
4. Periodisierung der Geschichte der Volksrepublik China unter dem Blickwinkel des Wandels des gesellschaftlichen Entwicklungskonzepts

in China endgültig durchgesetzt hätten, und jeder chinesische Politiker, der von "Reform" redete und einen europäisch geschnittenen Anzug mit Schlips trug, wurde als entschiedener Befürworter der Marktwirtschaft identifiziert. In Politik, Wirtschaft und Medien war man - von wenigen Ausnahmen abgesehen - fest davon überzeugt, daß das marktwirtschaftlich orientierte Reformexperiment nicht mehr aufzuhalten sei. Nicht oder kaum beachtet wurden die kritischen Analysen von Wissenschaftlern, die von Beginn der Ära Deng Xiaoping (seit Dezember 1978) auf tiefe Meinungsverschiedenheiten über Umfang und Grenzen der wirtschaftlichen und politischen Reformen in der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und auf die Möglichkeit von Rückschlägen hingewiesen hatten.

Ein kritischer Blick auf die Geschichte der Volksrepublik China hätte genügt, um festzustellen, daß diese gekennzeichnet ist durch permanente innerparteiliche Macht- und Richtungskämpfe, die während der Kulturrevolution sogar zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen führten. Es gab keinen triftigen Grund anzunehmen, daß diese Auseinandersetzungen mit dem Tode Mao Zedongs im September 1976 oder mit dem Machtantritt Deng Xiaopings im Dezember 1978 beendet sein würden, zumal die unterschiedlichen politischen Meinungsgruppen innerhalb der politischen Elite weiterhin existierten und deshalb weitere intraelitäre Konflikte programmiert waren.

Tatsächlich ist denn auch die Ära Deng Xiaoping von ständigen Macht- und Richtungskämpfen innerhalb der

politischen Führung gekennzeichnet. Ein besonders sinnfälliges Beispiel hierfür ist der Sturz von drei Parteivorsitzenden bzw. ZK-Generalsekretären seit dem Tod von Mao Zedong: Hua Guofeng, Hu Yaobang und Zhao Ziyang.

Die Entmachtung von Hu Yaobang Anfang 1987 und von Zhao Ziyang Mitte 1989 widerlegen die von manchen Diplomaten und selbst im Kollegenkreis zeitweilig vertretene Auffassung, die politische Führung Chinas sei sich seit dem Abschied vom maoistischen Entwicklungskonzept grundsätzlich einig in der Reformfrage, und es gebe lediglich zeitweise geringfügige Meinungsunterschiede über die Art und Weise der Verwirklichung der wirtschaftlichen und politischen Reformen. Auch die monatelangen Auseinandersetzungen über die Festbeschreibung der volkswirtschaftlichen Rahmenpläne, die bereits kurz nach der Niederschlagung der Protestbewegung im Herbst 1989 einsetzten und erst Ende 1990 mit der Verabschiedung eines widersprüchlichen Kompromißpapiers endeten, zeigen deutlich, daß der Konflikt zwischen den Befürwortern einer primär marktwirtschaftlich orientierten Reform und einer primär planwirtschaftlich orientierten Sanierung des Wirtschaftsystems keinesfalls zeitweilig und geringfügig, sondern andauernd und grundsätzlich ist - ganz zu schweigen von den Verteilungskämpfen der verschiedenen institutionellen, regionalen und nicht zuletzt auch der persönlichen Interessengruppen, die teilweise auch, und dies verkompliziert die Analyse chinesischer Politik erheblich, unter dem ideologischen Deckmantel des Kampfes für den Aufbau des Sozialismus und gegen die "bürgerliche Liberalisierung" ausgefochten werden.

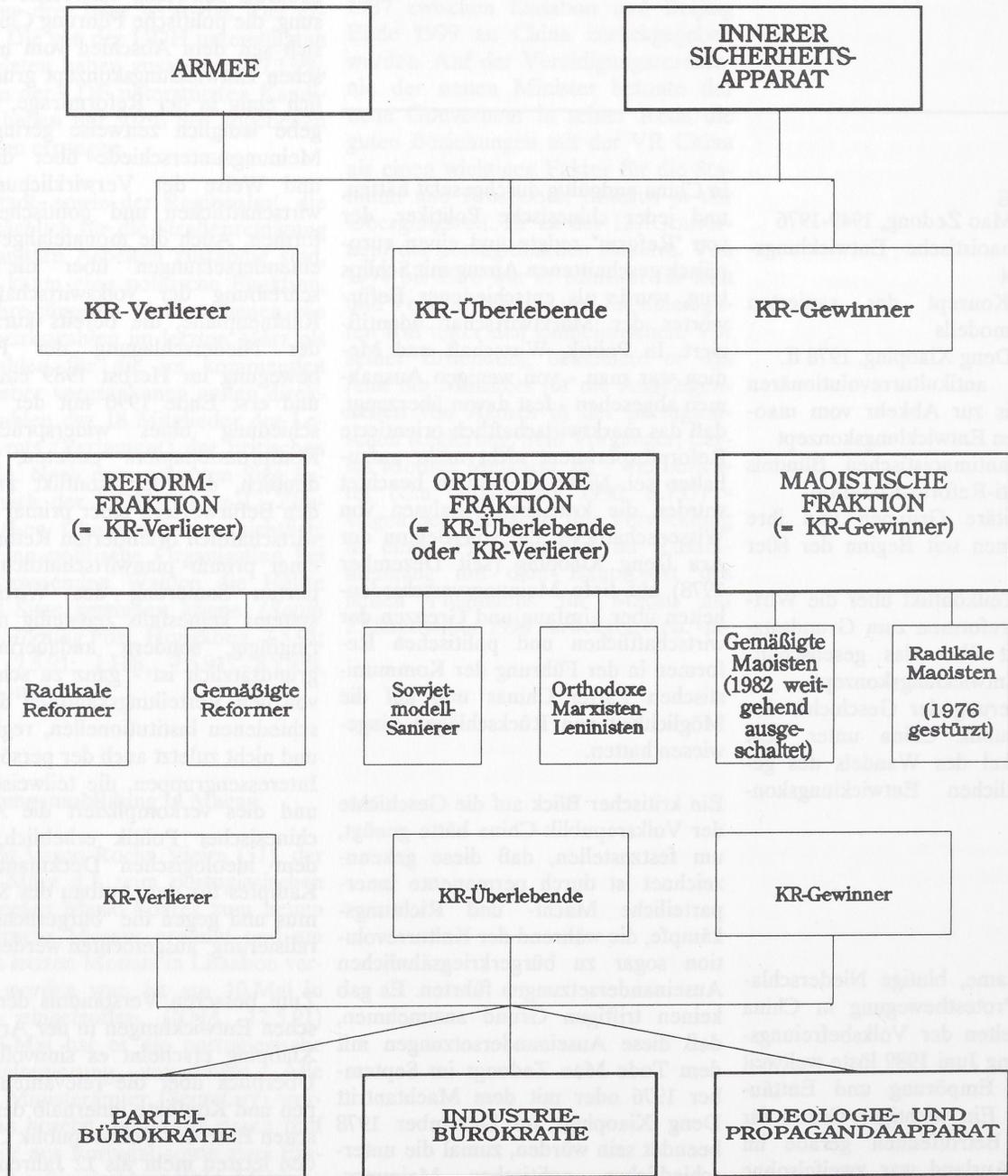
Zum besseren Verständnis der politischen Entwicklungen in der Ära Deng Xiaoping erscheint es sinnvoll, einen Überblick über die relevanten Gruppen und Konflikte innerhalb der politischen Elite der Volksrepublik China in den letzten mehr als 12 Jahren zu geben und die intraelitären Konstellationen auch mit Hilfe von Schaubildern zu verdeutlichen (1). Jürgen Domes kommt das Verdienst zu, eine Reihe von klar definierten politologischen Begriffen für die Analyse intraelitärer Gruppen- und Konfliktbildung in die deutsche sozialwissenschaftliche Chi-

## 1. Einleitung

Die gewaltsame, blutige Niederschlagung der Protestbewegung in China durch Einheiten der Volksbefreiungsarmee Anfang Juni 1989 löste weltweit beispiellose Empörung und Enttäuschung aus. Ein wichtiger Grund für die große Betroffenheit gerade im westlichen Ausland war zweifelsohne die unkritische Bewunderung des Reformexperiments in China bei einer Reihe von Politikern, Journalisten und mehr oder weniger professionellen Beobachtern. Nahezu unisono sah man auch hierzulande nur noch "Reformer" in China am Werk. Allgemein wurde angenommen, daß sich "die Reformer"

SCHAUBILD 1:

### Relevante Fraktionen, politische Meinungsgruppen und institutionelle Interessengruppen innerhalb der Führungsschicht der Volksrepublik China, 1976 - 1991



KR - Kulturrevolution

na-Forschung eingeführt zu haben (2). Ausgehend von den Vorarbeiten von Domes veröffentlichte ich im Rahmen eines zusammen mit Wolfgang Bartke erstellten Aufsatzes über den XII. Nationalen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas eine erste Analyse intraelitärer Gruppenbildung in der VR China seit 1976 (3). Seitdem habe ich diese Analyse in einer Reihe von Publikationen weiterentwickelt (4). Bevor im folgenden auf die intraelitären Gruppen und Konflikte in der Ära Deng Xiaoping eingegangen wird, sollen zunächst das radikale Entwicklungskonzept Mao Zedongs und das gemäßigte Entwicklungskonzept seiner Gegner skizziert werden, die beide den Verlauf der ersten 30 Jahre der Geschichte der Volksrepublik China geprägt haben und die deshalb für das Verständnis der nachfolgenden Entwicklungen unerlässlich sind.

## 2.

### Die Ära Mao Zedong, 1949-1976

#### 2.1.

##### Das maoistische Entwicklungskonzept

Für Mao Zedong und seine Anhänger standen die permanente Revolutionierung von Wirtschaft und Gesellschaft und der Klassenkampf gegen feudale, bürgerliche und "revisionistische" Kräfte im Mittelpunkt auch der Periode des Sozialismus. Diese sozialistische Übergangsperiode sollte Mao zufolge so schnell wie möglich in die Periode des Aufbaus des Kommunismus übergeleitet werden, damit China als erster Staat in den Kommunismus eintrete, um der Sowjetunion die politische Führungsrolle im sozialistischen Lager streitig zu machen. Deshalb forderte Mao eine möglichst rasche Kollektivierung der Landwirtschaft und eine totale Verstaatlichung von Industrie und Handel. Die Verstaatlichungs- und Kollektivierungsmaßnahmen sollten darüber hinaus dem Staat ermöglichen, einen möglichst großen Teil des landwirtschaftlichen und industriellen Mehrprodukts abzuschöpfen, um China so schnell wie möglich zu einer Großmacht mit einer modernen industriellen Basis aufzubauen und somit auch wirtschaftlich der Sowjetunion den Rang abzulaufen.

Durch die schnelle und vollständige Veränderung der "Produktionsverhältnisse", d.h. die Eigentumsverhältnisse, und durch entsprechende politische Erziehung erhoffte sich Mao auch eine

Revolutionierung des menschlichen Bewußtseins: Der neue sozialistische Mensch sollte aus freien Stücken und ohne zusätzliches Entgelt Mehrarbeit für den Aufbau eines kommunistischen China leisten.

Wirtschaftsaufbau und Produktionssteigerungen sollten nach Ansicht Maos also ausschließlich durch eine Revolutionierung der Eigentumsverhältnisse und durch eine Revolutionierung des menschlichen Bewußtseins erreicht werden. Das Leistungsprinzip "Jedem nach seiner Arbeit", Geldprämien für bessere Arbeit, Überstundenentlohnung und andere materielle Anreizsysteme wurden von den Vertretern des maoistischen Entwicklungskonzepts strikt abgelehnt. All jene, die diesem Konzept abweisend oder auch nur skeptisch gegenüberstanden, betrachteten Mao Zedong und seine Anhänger als "Revisionisten" und "Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen"; gegen sie mußte, selbst wenn sie innerhalb der Partei saßen und alte Kampfgefährten waren, ein erbarungsloser "Klassenkampf" entfacht werden. Darüber hinaus mußte nach Auffassung von Mao während der gesamten sozialistischen Periode ein permanenter Klassenkampf gegen "bürgerliche" Kräfte geführt werden, die Mao Zedong vor allem unter den Intellektuellen aber auch innerhalb der Parteiführungskader ortete.

Charakteristisch für das maoistische Entwicklungskonzept waren daher u.a. folgende Punkte:

1. Der permanenten Revolutionierung der Produktionsverhältnisse (das heißt Eigentumsverhältnisse), des gesellschaftlichen Überbaus und des menschlichen Bewußtseins wurde absolute Priorität gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung eingeräumt. Dies fand u.a. seinen Ausdruck in Slogans wie 'Lieber arm und sozialistisch als reich und kapitalistisch!'
2. Bei der Verteilung wurde eine völlige Gleichheit angestrebt. Diese kommunistische Gleichmachererei in Armut wurde mit dem maoistischen Lehrsatz legitimiert, daß nur der Arme wirklich revolutionär sei, während Reichtum korrumpiere und zum Revisionismus und schließlich zum Kapitalismus führe.
3. Das maoistische Konzept der permanenten Revolution im Sozialismus erforderte häufige politische

Kampagnen und militärisch organisierte Massenbewegungen, um möglichst alle Teile der Gesellschaft zu erfassen und in ständiger Bewegung zu halten.

4. Durch die Verabsolutierung des Klassenkampfes geriet die politische Verfolgung zum Selbstzweck, so daß im Verlauf der Mao-Ära mehrere Zigmillionen Menschen zum "Objekt des Klassenkampfes" (auch: "Objekt der Diktatur des Proletariats") gemacht wurden. Vor der Kulturrevolution (1966-1969) hatte es 7 Kategorien von "Klassenfeinden" gegeben, die in besonderem Maße verfolgt wurden:

- 1) Großgrundbesitzer,
- 2) reiche Bauern,
- 3) Konterrevolutionäre,
- 4) schlechte Elemente,
- 5) Rechtsabweichler,
- 6) Verräter und
- 7) Spione.

Mit dem Beginn der Kulturrevolution kamen zwei weitere Kategorien von "Klassenfeinden" hinzu:

- 8) Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen, und
- 9) die Schicht der Intellektuellen (daher die pejorative Bezeichnung "stinkende Nummer 9" für die Intellektuellen).

5. Die Verabsolutierung der Führungsrolle Maos und ein entsprechender Personenkult führten ab Ende der 50er Jahre zu einer völligen Außerkraftsetzung der Gesetze und zu einer Auflösung der Justizorgane und endeten letztlich in einer totalen Willkürherrschaft der jeweiligen lokalen Machthaber, die sich dabei auf die "korrekte Linie des großartigen Vorsitzenden Mao" beriefen.
6. Aufgrund des radikalen kommunistischen Entwicklungskonzepts wurde der Anspruch auf Führung der sog. Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und auf Führung der Weltrevolution überhaupt erhoben. Mao Zedong ging auf einer Konferenz zu außenpolitischen Fragen am 7. Juli 1967 sogar noch weiter: "Unser China ist nicht nur das politische Zentrum der Weltrevolution, es muß auch ihr militärisches und technisches Zentrum werden. Wir müssen ihnen Waffen geben, Waffen mit chinesischen Markierungen (bis auf einige be-

sondere Gebiete), wir müssen sie offen unterstützen, wir müssen zum Arsenal der Weltrevolution werden." (5)

Das maoistische Entwicklungskonzept wurde in unterschiedlichem Ausmaß während des sogenannten "Großen Sprungs nach vorn" (1958-1960) und von Beginn der Kulturrevolution bis etwa ein Jahr nach Maos Tod und nach dem Sturz seiner radikalen Anhänger, d.h. von 1966 bis 1977, verwirklicht. Die Durchsetzung des maoistischen Entwicklungskonzepts resultierte überwiegend in einem wirtschaftlichen Niedergang, zumindest aber in wirtschaftlicher Stagnation.

## 2.2.

### Das Konzept des sanierten Sowjetmodells

Nach dem Scheitern des sogenannten "Großen Sprungs nach vorn" und der Volkskommunenbewegung im Jahre 1960 waren selbst bisherige Befürworter der radikalen Politik Maos, wie der damalige Staatspräsident Liu Shaoqi und der damalige ZK-Generalsekretär Deng Xiaoping, von dem idealistischen und für die alleinige Macht der Partei letztlich gefährlichen Charakter des maoistischen Entwicklungskonzepts überzeugt. Diese zunehmend pragmatischen Kräfte stellten sich jetzt auf die Seite jener relativ gemäßigten Politiker um den Wirtschaftsplaner Chen Yun, die bereits zu Anfang der 50er Jahre für ein behutsameres Vorgehen bei der "sozialistischen Umgestaltung" des Landes eingetreten waren. Dabei hatten sie schon damals die Unterstützung von orthodoxen Marxisten-Leninisten erhalten, für die Maos politische Linie linksabweichlicherer Voluntarismus darstellte.

Nach Ansicht dieser antimaoistischen Koalition konnte das Bewußtsein der Bevölkerung nicht so schnell und sprunghaft revolutioniert werden, wie die Maoisten meinten. Vielmehr wollten sie mit materiellen Anreizsystemen und vorsichtigen Vergesellschaftungsmaßnahmen dem tatsächlichen Bewußtseinsstand der Menschen Rechnung tragen, um so zu besseren wirtschaftlichen und politischen Ergebnissen zu kommen. Die "Produktionsverhältnisse" sollten dem Stand der "Produktivkräfte" entsprechen, d.h. in der Landwirtschaft sollte erst dann kollektiviert werden, wenn das Kollektivland auch wirklich mehr und bessere Erträ-

ge erbrachte als die private Einzelwirtschaft. Folglich wurden von den gemäßigten Kräften zu Beginn der 60er Jahre Reprivatisierungsmaßnahmen im landwirtschaftlichen Bereich vorgeschlagen. Die Industrie sollte jedoch im wesentlichen verstaatlicht und zentral verwaltet bleiben - allerdings sollten materielle Anreizsysteme die Arbeiter zu höherer Leistung motivieren. Kleinhandel und gewisse Dienstleistungen sollten privatisiert werden. Märkte sollten in jenen Nischen der Volkswirtschaft zugelassen werden, die von der zentralen Befehlsplanung nicht erfaßt werden konnten. Die von den Maoisten verteuerten Intellektuellen und Unternehmer der alten Gesellschaft sollten stärker an dem wirtschaftlichen und technischen Aufbau des Landes beteiligt werden, um ihre Talente zu nutzen, anstatt - wie unter Mao - sie brachliegen zu lassen. Nach Ansicht der Pragmatiker war das Sein wichtiger als das Bewußtsein, waren materielle Anreize wirkungsvoller als ideelle Anreize, war Wirtschaft wichtiger als Politik, war Produktion notwendiger als Revolution, waren Einheitsfront und gesellschaftliche Harmonie sinnvoller als Klassenkampf.

Dieses gemäßigte Entwicklungskonzept, das auf dem sowjetischen Wirtschaftssystem beruhte, jedoch eine Reihe von privatwirtschaftlich orientierten Elementen enthielt, konnte nach der durch den "Großen Sprung" verursachten Hungerkatastrophe während der volkswirtschaftlichen Sanierungsphase von 1961 bis 1965 teilweise durchgesetzt werden. Die von Mao Zedong entfachte "Kulturrevolution" (1966-1969) setzte diesen antimaoistischen Reformen jedoch ein vorschnelles Ende. Erst nach dem Tode Maos und dem Sturz seiner radikalen Anhänger um die sogenannte "Viererbande" gelang es den gemäßigten Gegnern Maos, ihre wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen vollständig zu verwirklichen und sogar noch weit darüber hinaus zu gehen.

## 3.

### Die Ära Deng Xiaoping, 1978 ff.

#### 3.1.

#### Vom antikulturrevolutionären Bündnis zur Abkehr vom maoistischen Entwicklungskonzept

Als Mao Zedong am 9. September 1976 verstarb, stand China erneut am Rande eines Bürgerkrieges, da die radikalen Maoisten um die sog. "Vierer-

bande" exklusive Herrschaftsansprüche stellten und mit der schweren Bewaffnung der Volksmilizen ihre alleinige Machtübernahme im Rahmen einer Neuauflage der "Kulturrevolution" vorbereiteten. Da selbst die gemäßigten Maoisten vor den kulturrevolutionären Radikalen nicht sicher waren, bildete sich in der zur Entscheidung anstehenden zentralen politischen Frage 'Neuauflage der Kulturrevolution oder sozialistische Normalität?' eine breite *antikulturrevolutionäre Koalition* von sehr unterschiedlichen Kräften unter Führung von ordnungsbewußten Militärführern, gemäßigten Maoisten sowie Vertretern der zentralen Partei- und Staatsverwaltungsbürokratie (siehe Schaubild 2). Dieses antikulturrevolutionäre Bündnis bewerkstelligte am 6. Oktober 1976, also nur knapp einen Monat nach Maos Tod, den Sturz der "Viererbande".

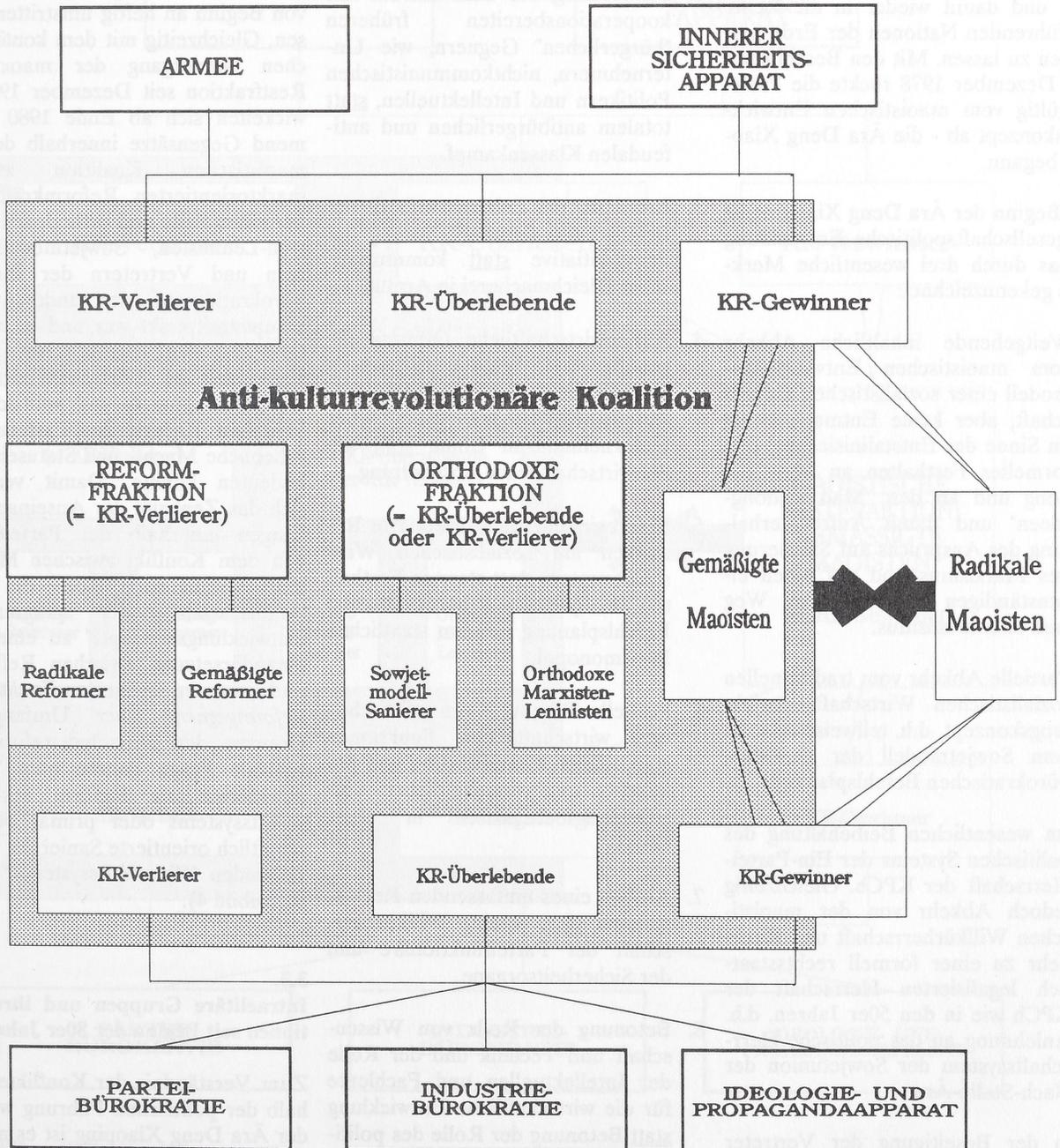
Mit dem Sturz der "Viererbande" war die Ära Mao jedoch noch nicht beendet. Nach der Entmachtung der radikalen Maoisten zerbrach die antikulturrevolutionäre Koalition, und statt dessen bildete sich unter der Führung von Deng Xiaoping eine *antimaoistische Koalition* von orthodoxen Marxisten-Leninisten, Sowjetmodell-Saniernern und Reformkräften zur Ausschaltung der gemäßigten maoistischen Restfraktion unter dem damaligen Parteivorsitzenden Hua Guofeng. Die zentrale Frage, in der es zu dieser Neuformierung der intraelitären Gruppen kam, lautete: 'Maoistisches oder pragmatisches Entwicklungskonzept?' (siehe Schaubild 3). In den darauffolgenden Auseinandersetzungen gelang der antimaoistischen Koalition die schrittweise Entmachtung der gemäßigten Maoisten, die auf dem XII. Parteitag der KPCh im September 1982 im wesentlichen ihren Abschluß fand.

Wichtige Stationen auf dem Weg dorthin waren die zweite Rehabilitierung Deng Xiaopings im Juli 1977 und die 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh im Dezember 1978. Diese ZK-Tagung von großer historischer Bedeutung knüpfte direkt an die Tradition des VIII. Parteitags im Jahre 1956 (sic!) an, indem sie parteioffiziell den Wirtschaftsaufbau anstelle der (permanenten) Revolution wieder in den Vordergrund der Parteiarbeit stellte und den Klassenkampf im wesentlichen für beendet erklärte. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet beschloß die 3. Plenartagung eine umfassende

SCHAUBILD 2:

### Intraelitärer Konflikt im Oktober 1976: Der Sturz der "Viererbande"

Determinante intraelitärer Koalitionsbildung:  
Entscheidung über die Frage  
"Neuaufgabe der Kulturrevolution oder sozialistische Normalität?"



KR - Kulturrevolution

↔ intraelitärer Konflikt

> Unterstützung

Dekollektivierung und Reprivatisierung der landwirtschaftlichen Produktion und leitete damit ein umfangreiches Wirtschaftsreformprogramm ein, das im Oktober 1984 auch auf den bürokratisch verwalteten Industriesektor ausgedehnt wurde. Als Ziel des neuen Kurses und als "Hauptaufgabe der gegenwärtigen Epoche" bezeichnete die 3. Plenartagung die "Vier Modernisierungen" von Landwirtschaft, Industrie, nationaler Verteidigung und Wissenschaft und Technik, um China zu einer modernen Großmacht zu machen und damit wieder in die Reihe der führenden Nationen der Erde aufsteigen zu lassen. Mit den Beschlüssen vom Dezember 1978 rückte die Partei endgültig vom maoistischen Entwicklungskonzept ab - die Ära Deng Xiaoping begann.

Seit Beginn der Ära Deng Xiaoping ist die gesellschaftspolitische Entwicklung Chinas durch drei wesentliche Merkmale gekennzeichnet:

- 1) Weitgehende inhaltliche Abkehr vom maoistischen Entwicklungsmodell einer sozialistischen Gesellschaft, aber keine Entmaoisierung im Sinne der Entstalinisierung, d.h. formelles Festhalten an Mao Zedong und an den "Mao Zedong-Ideen" und damit Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Sinisierung des Marxismus und auf einen eigenständigen chinesischen Weg zum Kommunismus.
- 2) Partielle Abkehr vom traditionellen sozialistischen Wirtschaftsentwicklungskonzept, d.h. teilweise Abkehr vom Sowjetmodell der zentralen bürokratischen Befehlsplanung.
- 3) Im wesentlichen Beibehaltung des politischen Systems der Ein-Partei-Herrschaft der KPCh. Gleichzeitig jedoch Abkehr von der maoistischen Willkürherrschaft und Rückkehr zu einer formell rechtsstaatlich legalisierten Herrschaft der KPCh wie in den 50er Jahren, d.h. Anlehnung an das politische Herrschaftssystem der Sowjetunion der Nach-Stalin-Ära.

Nach der Beseitigung der Vertreter des maoistischen Entwicklungsmodells aus den politischen Entscheidungsgremien standen die folgenden programmatischen Kernpunkte im Zentrum der Politik der KPCh, die im folgenden jeweils der maoistischen Position gegenübergestellt werden:

1. Wirtschaftsaufbau statt permanenter Revolution und wirtschaftliche Entwicklung durch verschiedene materielle Anreizsysteme, wie Reprivatisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft, im Dienstleistungsgewerbe und im Kleinhandel, statt wirtschaftlicher Entwicklung durch politisch-ideologische Kampagnen, Massenbewegungen und totale Kollektivierung und Verstaatlichung wie zu Maos Lebzeiten.
2. Breitestmögliche Einheitsfront mit kooperationsbereiten früheren "bürgerlichen" Gegnern, wie Unternehmern, nichtkommunistischen Politikern und Intellektuellen, statt totalem antibürgerlichen und anti-feudalen Klassenkampf.
3. Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung durch Förderung der Privatinitiative statt kommunistischer Gleichmacherei in Armut.
4. Außenwirtschaftliche Öffnung gegenüber dem Westen u.a. mittels Wirtschaftszone und Investitionsmöglichkeiten ausländischer Unternehmen in China statt außenwirtschaftlicher Abschottung.
5. Marktwirtschaftlich orientierte Reformen am sozialistischen Wirtschaftssystem statt starrem Festhalten am System der bürokratischen Befehlsplanung und am staatlichen Preismonopol.
6. Partielle Trennung von politischen und wirtschaftlichen Funktionen statt totaler Konzentration von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnissen in einer Hand.
7. Aufbau eines umfassenden Rechtssystems statt totaler Willkürherrschaft der Parteifunktionäre und der Sicherheitsorgane.
8. Betonung der Rolle von Wissenschaft und Technik und der Rolle der Intellektuellen und Fachleute für die wirtschaftliche Entwicklung statt Betonung der Rolle des politischen Bewußtseins und der "richtigen" Klassenherkunft.
9. Friedliche Koexistenz mit Staaten kapitalistischer Gesellschaftsordnung statt revolutionärem Krieg oder Kampf gegen kapitalistische

und "revisionistische" Staaten durch Unterstützung von prochinesischen Kommunistischen Parteien und "Befreiungsbewegungen".

### 3.2.

#### Vom antimaoistischen Bündnis zur Anti-Reform-Koalition

Die außenwirtschaftliche Öffnung gegenüber dem Westen und vor allem die Reform des Wirtschaftssystems sind innerhalb der politischen Führung von Beginn an heftig umstritten gewesen. Gleichzeitig mit dem kontinuierlichen Niedergang der maoistischen Restfraktion seit Dezember 1978 entwickelten sich ab Ende 1980 zunehmend Gegensätze innerhalb der antimaoistischen Koalition zwischen marktorientierten Reformkräften auf der einen Seite und orthodoxen Marxisten-Leninisten, Sowjetmodell-Saniernern und Vertretern der Industriebürokratie auf der anderen Seite. Hauptstreitpunkt war und ist die Reform des Wirtschaftssystems, die für Tausende von Wirtschaftsbürokraten des Staatsapparats und politisch-ideologischen Kadern des Parteiapparats erhebliche Macht- und Statuseinbußen bedeuten könnte. Damit verlagerte sich das Zentrum der Auseinandersetzungen innerhalb der Parteiführung von dem Konflikt zwischen Maoisten und Antimaoisten über die Frage 'Maoistisches oder pragmatisches Entwicklungskonzept?' zu einer Auseinandersetzung zwischen Reformern und einer neu formierten *Koalition von Reformgegnern* über Umfang und Grenzen der Wirtschaftsreform. Die zentrale Frage lautete nun: 'Primär marktorientierte Reform des Wirtschaftssystems oder primär planwirtschaftlich orientierte Sanierung des bestehenden Wirtschaftssystems?' (siehe Schaubild 4).

### 3.3.

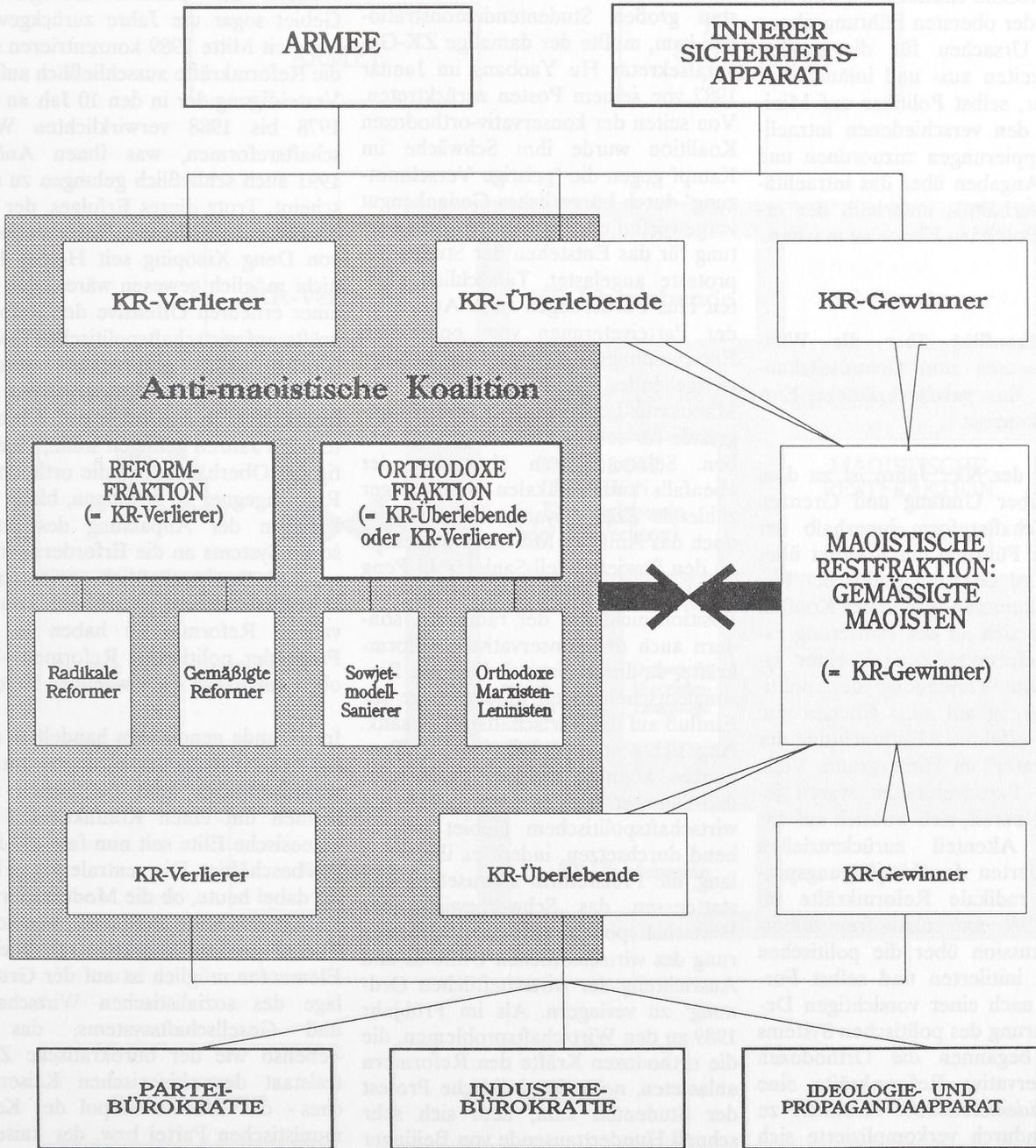
#### Intraelitäre Gruppen und ihre Positionen seit Beginn der 80er Jahre

Zum Verständnis der Konflikte innerhalb der politischen Führung während der Ära Deng Xiaoping ist es notwendig, die wichtigsten intraelitären Gruppen und ihre Interessen und Positionen vorzustellen. Dabei unterscheidet sich im wesentlichen zwischen Fraktionen, politischen Meinungsgruppen, Erfahrungsgruppen und einer Reihe von verschiedenen Interessengruppen. (6)

SCHAUBILD 3:

### Intraelitärer Konflikt, 1977 - 1982: Die Entmachtung der maoistischen Restfraktion

Determinante intraelitärer Koalitionsbildung:  
Entscheidung über die Frage  
"Maoistisches oder pragmatisches Entwicklungskonzept?"



KR - Kulturrevolution

↔ intraelitärer Konflikt

> Unterstützung

rokratie sowie die Mehrheit der Interessenkoalition der armen Westprovinzen die Position der Sowjetmodell-Sanierer teilen, während die Mehrheit der Interessenkoalition der reichen Ostprovinzen auf der Seite der konservativen Reformkräfte, wenn nicht sogar der radikalen Reformkräfte steht. Der komplizierte Prozeß intraelitärer Gruppen- und Koalitionsbildung und die unzureichenden Informationen über die meisten chinesischen Politiker unterhalb der obersten Führungsebene sind die Ursachen für die großen Schwierigkeiten aus- und inländischer Beobachter, selbst Politiker auf Ministersebene den verschiedenen intraelitären Gruppierungen zuzuordnen und konkrete Angaben über das intraelitäre Kräfteverhältnis unterhalb der erweiterten Politbüro-Ebene zu machen.

### 3.4.

#### Vom Teilkonflikt über die Wirtschaftsreformen zum Grundsatzkonflikt über das gesellschaftliche Entwicklungskonzept

Seit Mitte der 80er Jahre ist zu dem Konflikt über Umfang und Grenzen der Wirtschaftsreform innerhalb der politischen Führung ein Konflikt über Umfang und Grenzen politischer Reformen gekommen. Ein erster Konflikt entzündete sich an der Forderung radikaler Reformkräfte nach einer systematischen Verjüngung der politischen Führung auf allen Ebenen und nach einer effektiven Entmachtung der Uralt-"Berater" im Hintergrund. Viele orthodoxe Parteiveteranen waren jedoch nicht bereit, sich wirklich auf das politische Altenteil zurückzuziehen und sabotierten den Verjüngungsprozeß. Als radikale Reformkräfte im Sommer 1986 eine relativ freie öffentliche Diskussion über die politischen Reformen initiierten und selbst Forderungen nach einer vorsichtigen Demokratisierung des politischen Systems erhoben, begannen die Orthodoxen und konservative Reformkräfte eine breite *antidemokratische Koalition* zu bilden. Dadurch verkomplizierte sich der politische Entscheidungsprozeß erheblich, denn während in wirtschaftspolitischen Fragen konservative und radikale Reformkräfte nach wie vor zusammen gegen eine Koalition aus Sowjetmodell-Sanierern und orthodoxen Marxisten-Leninisten stimmten, votierten in Fragen der politischen Reformen konservative Reformkräfte

zunehmend zusammen mit der orthodoxen Fraktion gegen die radikalen Reformkräfte. Bei dem neuen Konflikt über politische Reformen ging es vor allem darum, ob die Wirtschaftsreformen durch eine vorsichtige Demokratisierung des politischen Systems begleitet werden sollten (siehe Schaubild 5).

Als es im Anschluß an die politischen Reformdiskussionen Ende 1986 zu ersten großen Studentendemonstrationen kam, mußte der damalige ZK-Generalsekretär Hu Yaobang im Januar 1987 von seinem Posten zurücktreten. Von seiten der konservativ-orthodoxen Koalition wurde ihm Schwäche im Kampf gegen die "geistige Verschmutzung" durch bürgerliches Gedankengut vorgeworfen und daher die Verantwortung für das Entstehen der Studenteproteste angelastet. Tatsächlich dürften Hus Forderungen nach Ausschluß der Parteiveteranen vom politischen Entscheidungsprozeß und nach einer weitgehenden Entdogmatisierung des Marxismus-Leninismus die Hauptgründe für seinen Sturz dargestellt haben. Seinen Posten übernahm der ebenfalls zum radikalen Reformlager zählende Zhao Ziyang, der dafür jedoch das Amt des Ministerpräsidenten an den Sowjetmodell-Sanierer Li Peng abgeben mußte. Dies schwächte die Position nicht nur der radikalen, sondern auch der konservativen Reformkräfte, da durch diese und andere Personalentscheidungen in der Folge ihr Einfluß auf die Wirtschaftspolitik sank. Angesichts starker inflationärer Tendenzen konnten sich die Sowjetmodell-Sanierer im Sommer 1988 auf wirtschaftspolitischem Gebiet weitgehend durchsetzen, indem es ihnen gelang, die Preisreform auszusetzen und stattdessen das Schwergewicht der Wirtschaftspolitik auf die "Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds und Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung" zu verlagern. Als im Frühjahr 1989 zu den Wirtschaftsproblemen, die die orthodoxen Kräfte den Reformern anlasteten, noch der politische Protest der Studenten kam, dem sich sehr schnell Hunderttausende von Beijinger Stadtbewohnern anschlossen, war der Sturz von Zhao Ziyang und einer Reihe anderer radikaler Reformkräfte innerhalb der Parteiführung nur noch eine Frage der Zeit, zumal sich auch Deng Xiaoping in diesem das politische System betreffenden Konflikt wieder einmal eindeutig auf die Seite der orthodoxen Kräfte stellte.

Mit der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 wurden die Diskussionen unter den Politikberatern und interessierten Intellektuellen und Studenten über Reformen am politischen System, die seit dem Sturz von Hu Yaobang ohnehin im wesentlichen nur unter Ausschluß einer breiteren Öffentlichkeit geführt werden konnten, schlagartig eingestellt. Der Reformprozeß wurde nicht nur jäh gestoppt, sondern auf politisch-ideologischem Gebiet sogar um Jahre zurückgeworfen. Seit Mitte 1989 konzentrieren sich die Reformkräfte ausschließlich auf die Verteidigung der in den 10 Jahren von 1978 bis 1988 verwirklichten Wirtschaftsreformen, was ihnen Anfang 1991 auch schließlich gelungen zu sein scheint. Trotz dieses Erfolges, der ohne die entsprechenden Interventionen von Deng Xiaoping seit Herbst 1990 nicht möglich gewesen wäre, kann von einer erneuten Offensive der Reformkräfte auf wirtschaftspolitischen Gebiet (noch) nicht gesprochen werden. Selbst wenn es den konservativen Reformkräften in den kommenden Monaten und Jahren gelingen sollte, eindeutig die Oberhand über die orthodoxen Reformgegner zu gewinnen, bleibt das Problem der Anpassung des politischen Systems an die Erfordernisse einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsreform. Auch die konservativen Reformkräfte haben in der Frage der politischen Reformen - wie oben aufgezeigt - nur wenig zu bieten.

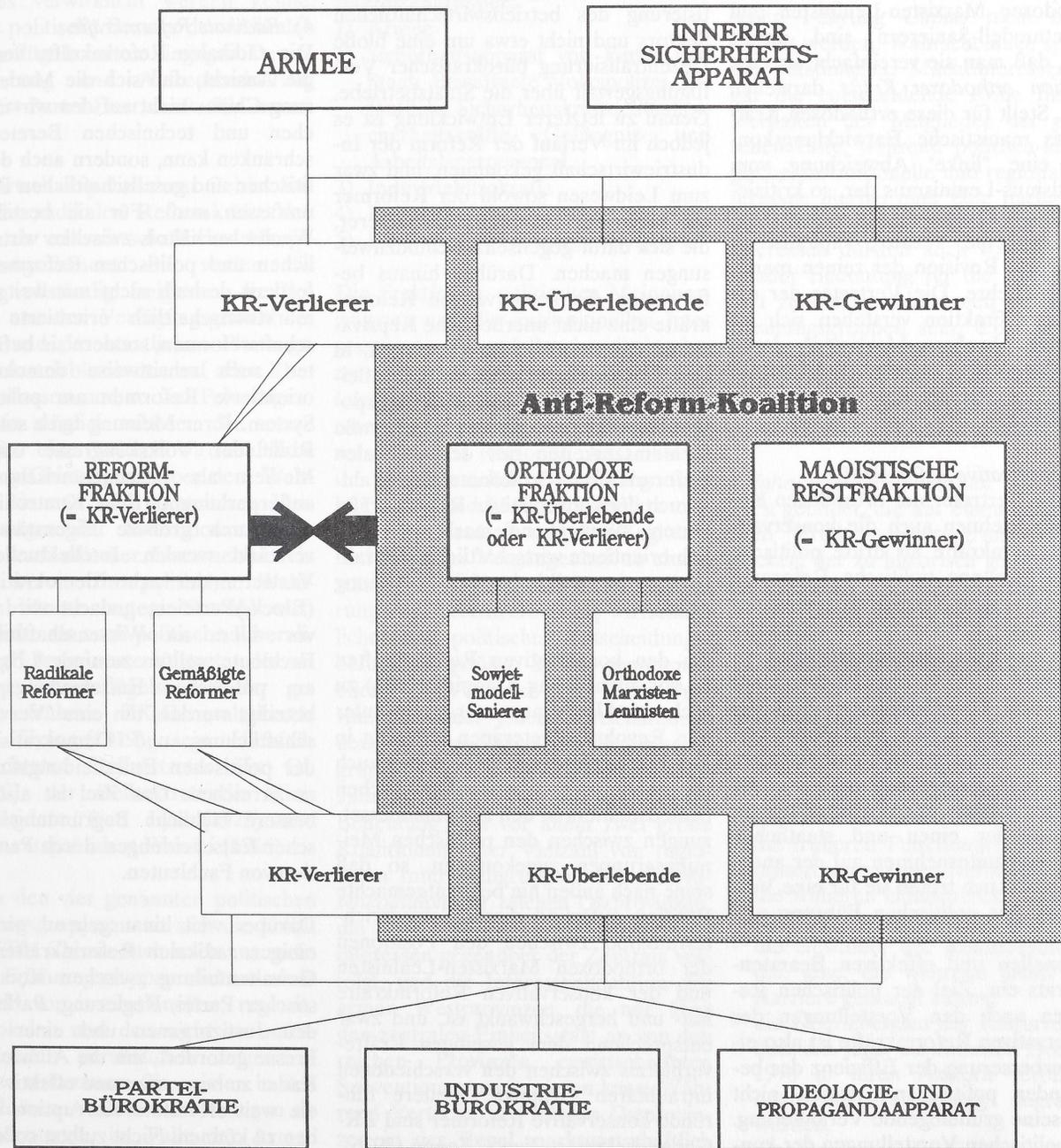
Im Grunde genommen handelt es sich bei den Auseinandersetzungen um die wirtschaftlichen und politischen Reformen um einen Konflikt, den die chinesische Elite seit nun fast 150 Jahren beschäftigt. Die zentrale Frage lautet dabei heute, ob die Modernisierung Chinas mit Hilfe moderner westlicher Technik und mit marktwirtschaftlichen Elementen möglich ist auf der Grundlage des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das ja - ebenso wie der bürokratische Zentralstaat des chinesischen Kaiserreiches - das Machtmonopol der Kommunistischen Partei bzw. der kaiserlichen Bürokratie sowohl über die Politik als auch über die Wirtschaft beinhaltet. Während die orthodoxen Kräfte an diesem doppelten Machtmonopol festhalten wollen, wie ehemals die Traditionalisten am kaiserlichen Hofe, sind die konservativen Reformkräfte um Deng Xiaoping immerhin bereit, eine weitgehende wirtschaftliche Libe-

SCHAUBILD 4:

**Latenter intraelitärer Konflikt seit Dezember 1980:  
Der Streit um Umfang und Grenzen der Wirtschaftsreformen**

Determinante intraelitärer Koalitionsbildung:  
Entscheidung über die Frage

"Marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsreform oder  
primär planwirtschaftlich orientierte Wirtschaft?"



KR - Kulturrevolution

intraelitärer Konflikt

Unterstützung

zende der Zentralen Beraterkommission Chen Yun (1905), der Wirtschaftsplaner Yao Yilin (1917), Parteipersonalchef Song Ping (1917), der Beijinger Parteichef Li Ximing (1926), der Beijinger Bürgermeister Chen Xitong (1930) und wahrscheinlich auch der Planungschef und neue stellvertretende Ministerpräsident Zou Jiahua (1926).

Die inhaltlichen Gemeinsamkeiten von orthodoxen Marxisten-Leninisten und Sowjetmodell-Sanierern sind derart groß, daß man sie vereinfacht als eine *Fraktion orthodoxer Kräfte* darstellen kann. Stellt für diese orthodoxen Kräfte das maoistische Entwicklungskonzept eine "linke" Abweichung vom Marxismus-Leninismus dar, so kritisieren sie das Programm der Reformkoalition als eine "rechte", kapitalistisch orientierte Revision der reinen marxistischen Lehre. Die Vertreter der orthodoxen Fraktion verstehen sich als die einzig "wahren Marxisten", deren Aufgabe es sei, national und international das Banner der reinen Lehre hochzuhalten.

### 3) *Konservative Reformkräfte*

Wie die Vertreter der orthodoxen Koalition so lehnen auch die konservativen Reformkräfte als dritte politische Meinungsgruppe politische Reformen im Sinne einer Demokratisierung des Systems der Ein-Partei-Herrschaft der KPCh strikt ab. Dementsprechend widersetzen sie sich entschieden einer politischen Gewaltenteilung und befürworten stattdessen eine Arbeitsteilung und Aufgabentrennung zwischen Partei- und Regierungsorganen sowie zwischen Partei- und Regierungsorganen auf der einen und staatlichen Wirtschaftsunternehmen auf der anderen Seite. Auch treten sie für eine Verjüngung der politischen Führung und für die Schaffung eines modernen, professionellen und effektiven Beamtenapparats ein. Ziel der politischen Reformen nach den Vorstellungen der konservativen Reformkräfte ist also eine Verbesserung der Effizienz des bestehenden politischen Systems, nicht aber seine grundlegende Veränderung. Die politischen Vorstellungen der konservativen Reformkräfte weisen also einige Gemeinsamkeiten mit denen der Sowjetmodell-Sanierer und der orthodoxen Marxisten-Leninisten auf.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet fordern die konservativen Reformkräfte hingegen eine weitgehend marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsord-

nung und eine umfangreiche außenwirtschaftliche Öffnung vor allem gegenüber dem Westen und eine weitgehende Weltmarktintegration. Sie wollen zumindest einen Teil der staatlichen Industriebürokratie auf allen Ebenen ersatzlos auflösen und damit den einzelnen Staatsbetrieben auch wirklich eine weitgehende betriebswirtschaftliche Eigenständigkeit einräumen. Den Reformkräften geht es also um eine weitgehende Entbürokratisierung des betriebswirtschaftlichen Sektors und nicht etwa um eine bloße Dezentralisierung bürokratischer Verfügungsgewalt über die Staatsbetriebe. Genau zu letzterer Entwicklung ist es jedoch im Verlauf der Reform der Industriewirtschaft gekommen, und zwar zum Leidwesen sowohl der Reformen als auch der Sowjetmodell-Sanierer, die sich dafür gegenseitig Schuldzuweisungen machen. Darüber hinaus befürworten die konservativen Reformkräfte eine nicht unerhebliche Reprivatisierung, vor allem im Handwerk, in der Kleinindustrie und im Dienstleistungsgewerbe. Auf dem wirtschaftspolitischen Bereich gibt es also große Gemeinsamkeiten mit den radikalen Reformkräften. So könnte der Wahlspruch der konservativen Reformkräfte lauten: 'Weitgehend marktwirtschaftlich orientierte wirtschaftliche Liberalisierung ja, politische Liberalisierung nein!'

Zu den konservativen Reformkräften ist vor allem Deng Xiaoping (1904) zu rechnen. Als Primus inter pares unter den Revolutionsveteranen ist Deng in den Jahren seit Ende 1978 jedoch auch die Rolle des obersten politischen Schiedsrichters in den Auseinandersetzungen zwischen den politischen Meinungsgruppen zugekommen, so daß seine nach außen hin bekanntgemachte Position aufgrund dieser Schiedsrichterfunktion zwischen den Positionen der orthodoxen Marxisten-Leninisten und der konservativen Reformkräfte hin- und hergeschwankt ist, und zwar entsprechend dem jeweiligen Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen intraelitären Gruppen. Weitere führende konservative Reformen sind ZK-Generalsekretär Jiang Zemin (1926), Li Ruihuan (1934), Li Tieying (1936) und der neu ernannte stellvertretende Ministerpräsident und frühere Shanghai Bürgermeister Zhu Rongji (1928).

Zu den konservativen Reformkräften zählen auch viele Söhne und Töchter von Führungskadern, die mit Hilfe der

Beziehungen ihrer Eltern und aufgrund der unkontrollierten Macht der Bürokratenklasse im Verlauf der Wirtschaftsreform große Reichtümer durch Spekulationsgeschäfte, Korruption und andere illegale Wirtschaftsaktivitäten angehäuft haben. Diese bürokratischen Profiteure der Wirtschaftsreform sind gegen demokratische Reformen, weil diese die Grundlagen ihrer Bereicherung zerstören würden.

### 4) *Radikale Reformkräfte*

Die radikalen Reformkräfte vertreten die Ansicht, daß sich die Modernisierung Chinas nicht auf den wirtschaftlichen und technischen Bereich beschränken kann, sondern auch den politischen und gesellschaftlichen Bereich umfassen muß. Für sie besteht ein Wechselverhältnis zwischen wirtschaftlichen und politischen Reformen. Sie fordern deshalb nicht nur weitgehend marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsreformen, sondern sie befürworten auch schrittweise demokratisch orientierte Reformen am politischen System. Ihrer Meinung nach sollte die Rolle der Volkskongresse und der Medien als parlamentarische bzw. außerparlamentarische Kontrollinstanzen durch größere Eigenständigkeit verstärkt werden. Intellektuelle und Vertreter der acht "demokratischen" (Block-)Parteien, gedacht wird dabei vor allem an Wissenschaftler und Fachleute, sollten zumindest beratend am politischen Entscheidungsprozeß beteiligt werden, um eine "Verwissenschaftlichung und Demokratisierung der politischen Entscheidungsfindung" zu erreichen. Das Ziel ist also eine bessere fachliche Begründung politischer Entscheidungen durch Partizipation von Fachleuten.

Darüber weit hinausgehend wird von einigen radikalen Reformkräften eine Gewaltenteilung zwischen Kommunistischer Partei, Regierung, Parlament, den Justizorganen und einer freien Presse gefordert, um die Allmacht der Kader zu begrenzen und effektiv gegen die weitverbreitete Korruption vorgehen zu können. Nicht zuletzt sollen dadurch die Interessen breiterer Bevölkerungsteile bei der politischen Entscheidungsbildung stärker berücksichtigt werden. Diese Forderungen laufen auf das Ende des Machtmonopols der Kommunistischen Partei hinaus und sind umstritten. Unterschiedliche Vorstellungen herrschen in den Reihen der radikalen Reformkräfte deshalb auch

in der Frage der Aufrechterhaltung der politischen Führungsrolle der Kommunistischen Partei im Rahmen des politischen Reformprozesses: Zumindest nach außen hin hatten die Führer des radikalen Reformflügels, der verstorbene frühere ZK-Generalsekretär Hu Yaobang und sein gestürzter Nachfolger Zhao Ziyang, erklärt, daß eine Demokratisierung durchaus im Rahmen des bestehenden Ein-Partei-Systems verwirklicht werden könne. Einige politische Berater des radikalen Reformflügels halten hingegen Demokratisierung und Aufrechterhaltung der Ein-Partei-Herrschaft für unvereinbar.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet fordern die radikalen Reformkräfte den Markt als volkswirtschaftliches Hauptsteuerungselement. Sie wollen die Preise vollständig freigeben, die Betriebe aus der Verfügungsgewalt der Partei und der staatlichen Planungs- und Industriebürokratie auf allen Ebenen entlassen und so viel Privateigentum wie möglich zulassen. Sie setzen sich für eine weitere wirtschaftliche Öffnung Chinas gegenüber dem Weltmarkt ein und sind zu weiteren Verbesserungen der Investitionsmöglichkeiten ausländischer Unternehmen in China bereit. Ihr politischer Wahlspruch könnte lauten: 'Sowohl wirtschaftliche als auch politische Liberalisierung!' Prominente Vertreter des radikalen Reformflügels sind der gestürzte frühere ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang (1919), sein ebenfalls entmachteter Stellvertreter Hu Qili (1929), der stellvertretende Ministerpräsident Tian Jiyun (1929) und Parlamentspräsident Wan Li (1916).

Neben den vier genannten politischen Meinungsgruppen setzt sich die politische Elite Chinas auch noch aus mehreren *Erfahrungsgruppen* und aus einer Vielzahl von institutionellen, regionalen, lokalen und den nicht zu unterschätzenden persönlichen *Interessengruppen* zusammen. Sie spielen in den intraelitären Auseinandersetzungen eine bedeutende, im Falle der Armee sogar bisweilen die entscheidende Rolle.

*Institutionelle Interessengruppen* werden von führenden Mitgliedern von gesellschaftlich relevanten Institutionen gebildet. Das Machtpotential einer bestimmten institutionellen Interessengruppe definiert sich nach der Bedeu-

tung der Funktion, die die jeweilige Institution im Interesse der Herrschaftsausübung und -sicherung der jeweiligen politischen Führung innehat. Ziel der Mitglieder einer institutionellen Interessengruppe ist es, die gesellschaftliche Bedeutung und Stellung ihrer Institution - und damit ihrer eigenen Position - zu wahren und möglichst auszubauen. Im wesentlichen unterscheiden wir zwischen fünf institutionellen Interessengruppen:

- 1) Armee
- 2) Sicherheitsapparat von Partei und Staat: Bewaffnete Volkspolizei, öffentliche Sicherheitskräfte, Staatssicherheitskräfte, Gefängnis- und Arbeitslagerpersonal
- 3) Industriebürokratie
- 4) Parteibürokratie
- 5) Ideologie- und Propagandaapparat

Die Fraktionen, politischen Meinungsgruppen und die institutionellen Interessengruppen zerfallen jeweils in eine *zentrale* und mehrere *regionale* und *lokale Interessengruppen*, da den Interessen der Zentrale die Interessen der verschiedenen Regionen und Lokalitäten entgegenstehen. Dieser Gegensatz ist Gegenstand häufiger Konflikte zwischen der Zentrale und den Regionen und hat in der Vergangenheit zu einem ständigen Wechsel von Dezentralisierung und Rezentralisierung wirtschaftlicher und politischer Entscheidungsbefugnisse geführt. Streng genommen bilden die Vertreter einer jeden Provinz und einer jeden Wirtschaftszone eine regionale Interessengruppe. Für die intraelitären Auseinandersetzungen von herausragender Bedeutung sind vor allem zwei große Koalitionen einer Vielzahl von regionalen Interessengruppen: Die *Interessenkoalition* der reichen Ostprovinzen, die relativ starke Verselbständigungsinteressen gegenüber der Zentrale verfolgt, und die Interessenkoalition der armen Westprovinzen, die nur über den zentralen Einheitsstaat an von den reichen Provinzen erwirtschafteten Subventionen partizipieren kann. Während Vertreter der reichen Ostprovinzen in der Regel marktwirtschaftlich orientierte Reformen, die Trennung von staatlicher Bürokratie und Wirtschaft sowie eine stärkere politische Rolle der einzelnen Provinzen und Regionen befürworten, tendieren Vertreter der armen Provinzen eher dazu, an der zentralen Befehlsplanung und an der starken Rolle der Zentrale festzuhalten.

*Persönliche Interessengruppen* sind Gruppen von Politikern, die aufgrund von Verwandtschaftsverhältnissen besondere Beziehungen zueinander unterhalten und sich gegenseitig unterstützen. Besonders einflußreich scheinen die Familienclans der Revolutionsveteranen Bo Yibo, Deng Xiaoping, Wang Zhen, Xi Zhongxun, Yang Shangkun und Ye Jianying. Gerade persönliche Interessen dürfen bei den Machtkämpfen innerhalb der politischen Führung Chinas nicht unterschätzt werden. Wahrscheinlich spielen die persönlichen Machtinteressen sogar die entscheidende Rolle für das Verhalten der Mitglieder der politischen Elite, während politisch-ideologische, institutionelle und regionale Interessen hierbei eher eine nachgeordnete Rolle spielen. Persönliche Machtinteressen dürften auch von entscheidender Bedeutung für die Zugehörigkeit zu den verschiedenen politischen Meinungsgruppen sein, d.h., die Mitglieder der Elite optieren für jenes politische Konzept, in dessen Rahmen sie ihre persönlichen Interessen am besten verwirklichen zu können glauben.

*Erfahrungsgruppen* werden von Politikern gebildet, die auf einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund zurückblicken, der zu historisch gewachsenen persönlichen Loyalitätsverhältnissen führte. Diese engen persönlichen Beziehungen resultierten gerade innerhalb der Armee in der Herausbildung von verschiedenen "Seilschaften". Zu unterscheiden sind hier u.a.:

- die Teilnehmer des Langen Marsches in den 30er Jahren,
- die Mitglieder der verschiedenen Feldarmeen aus der Zeit vor 1949,
- die früheren Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbands,
- die früheren chinesischen Auslandsstudenten in der Sowjetunion,
- die Gewinner der Kulturrevolution, d.h. jene, die während dieser Zeit Karriere gemacht hatten,
- die Überlebenden der Kulturrevolution, d.h. jene, die zwischen 1966 und 1976 in ihren Ämtern verblieben oder nur geringfügig degradiert wurden,
- die Verlierer der Kulturrevolution, d.h. jene, die während die Zeit politisch in Ungnade fielen und aller Posten enthoben wurden.

Die Mitgliedschaft in den genannten informellen intraelitären Gruppen überschneidet sich in vielen Fällen. So dürften z.B. die Mehrheit der Armeeführer, die Mehrheit der Industriebü-

Unter *Fractionen* sind Gruppen von Politikern zu verstehen, die ein eigenständiges gesellschaftliches Entwicklungskonzept vertreten. Aufgrund ihres in sich geschlossenen gesellschaftlichen Entwicklungskonzepts neigen Fraktionen zu exklusiven Herrschaftsansprüchen. Einer Fraktion können durchaus verschiedene politische Meinungsgruppen angehören, solange sie sich an die grundlegenden Prinzipien des von der Fraktion vertretenen Entwicklungskonzepts halten. Handelt eine Meinungsgruppe nicht mehr fraktionskonform und/oder weicht ihre Position grundlegend von der der Fraktion ab, fällt diese Meinungsgruppe aus der Fraktion heraus und bildet eine eigenständige Fraktion. Beispiel: Die radikalen Maoisten um die "Viererbande" kurz nach Maos Tod. Verhalten sich einzelne Mitglieder einer Meinungsgruppe nicht fraktionskonform und/oder verstoßen grundlegend gegen das von der Fraktion vertretene Entwicklungskonzept, scheiden sie als Einzelpersonen aus der Fraktion aus. Beispiele: Der Rücktritt von Hu Yaobang Anfang 1987 und die Entmachtung von Zhao Ziyang und Hu Qili Mitte 1989, während die dezimierte Meinungsgruppe der radikalen Reformer weiterhin zur Reformfraktion zu zählen ist. (Zu den Erfahrungsgruppen und den verschiedenen Kategorien von Interessengruppen siehe weiter unten.)

*Intraelitäre Koalitionen* bilden sich anlässlich bevorstehender Entscheidungen von unterschiedlicher politischer Bedeutung zwischen verschiedenen Fraktionen, Meinungs- und Interessengruppen. Eine Koalition bleibt in der Regel nur so lange bestehen, bis eine Entscheidung in der Frage gefallen ist, anlässlich derer die Koalition gebildet wurde. So gibt es sehr kurzlebige Koalitionen, wie die anti-kulturrevolutionäre Koalition, aber auch sehr langlebige Koalitionen, wie die Anti-Reform-Koalition orthodoxer und maoistischer Kräfte zusammen mit verschiedenen Interessengruppen.

Spätestens seit Beginn der 80er Jahre setzt sich die politische Elite der Volksrepublik China aus folgenden vier informellen *politischen Meinungsgruppen* zusammen:

#### 1) *Orthodoxe Marxisten-Leninisten*

Die orthodoxen Marxisten-Leninisten lehnen nicht nur demokratisch orientierte Reformen an der Ein-Partei-Herrschaft der KPCh ab, sondern sie

kritisieren auch die bisher verwirklichten Wirtschaftsreformen als eine insgesamt viel zu weit gehende Öffnung gegenüber dem kapitalistischen Gesellschaftssystem. Vertreter der orthodoxen Marxisten-Leninisten haben in der Vergangenheit die Wirtschaftssondersonen als neokolonialistische Enklaven und als Konzessionsgebiete neuen Typs kritisiert. Die weitgehende Reprivatisierung der landwirtschaftlichen Produktion stellt nach Aussagen der orthodoxen Marxisten-Leninisten eine Negierung der Errungenschaften der kommunistischen Revolution und einen Schritt zurück in die Zeit vor 1949 dar. Ihr politischer Wahlslogan könnte lauten: 'Weder wirtschaftliche noch politische Liberalisierung!' Vertreter dieser reformfeindlichen Gruppe finden sich vor allem unter den formell bereits pensionierten Parteiveteranen, die jedoch im Hintergrund noch einen erheblichen Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß ausüben, wie z.B. Peng Zhen (1902), Wang Zhen (1908), Li Xiannian (1909) und Bo Yibo (1908).

#### 2) *Sowjetmodell-Sanierer*

Die Sowjetmodell-Sanierer lehnen ebenfalls politische Reformen in Sinne einer Demokratisierung des Systems der Ein-Partei-Herrschaft der KPCh strikt ab. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet wollen die Sowjetmodell-Sanierer zur zentralen Befehlsplanung als Hauptsteuerungselement der Wirtschaft zurückkehren und fordern deshalb eine Rezentralisierung der bürokratischen Entscheidungsbefugnisse und Verfügungsgewalt über die Mehrzahl der staatlichen Industriebetriebe. Im Gegensatz zum zentralen Befehlsplan wird dem freien Markt nur eine "ergänzende" Rolle eingeräumt. Für das Verhältnis zwischen zentraler Befehlsplanung und Markt gilt die sogenannte Vogelkäfig-Doktrin des greisen Wirtschaftsplaners Chen Yun (1905), derzufolge der kleine Vogel namens Markt sich nur innerhalb des Vogelkäfigs der zentralen Befehlsplanung entwickeln darf. Nach Ansicht der Sowjetmodell-Sanierer muß dem Staatseigentum auch in Zukunft der absolute Vorrang eingeräumt werden, während das Privateigentum strikt begrenzt bleiben soll. Marktwirtschaftliche und privatwirtschaftliche Elemente sollen also lediglich eine komplementäre Funktion innerhalb des sozialistischen Wirtschaftssystems spielen. Sie sollen die Lücken schließen, die von der zen-

tralen Befehlsplanung nicht erfaßt werden können. Im Gegensatz zu den orthodoxen Marxisten-Leninisten befürworten die Sowjetmodell-Sanierer jedoch die bereits erfolgte Reprivatisierung der landwirtschaftlichen Produktion, die sie allerdings als wirtschaftspolitische Notmaßnahme zu begreifen scheinen, die mittel- oder langfristig einer erneuten Kollektivierung weichen soll. Die Sowjetmodell-Sanierer befürworten auch die außenwirtschaftliche Öffnung Chinas gegenüber dem Westen. Allerdings scheinen sie die Ansicht zu vertreten, daß die außenwirtschaftliche Öffnung Chinas bisher zu einseitig in Richtung Westen verlaufen sei und durch eine größere Öffnung gegenüber dem Osten ins Gleichgewicht gebracht werden müsse.

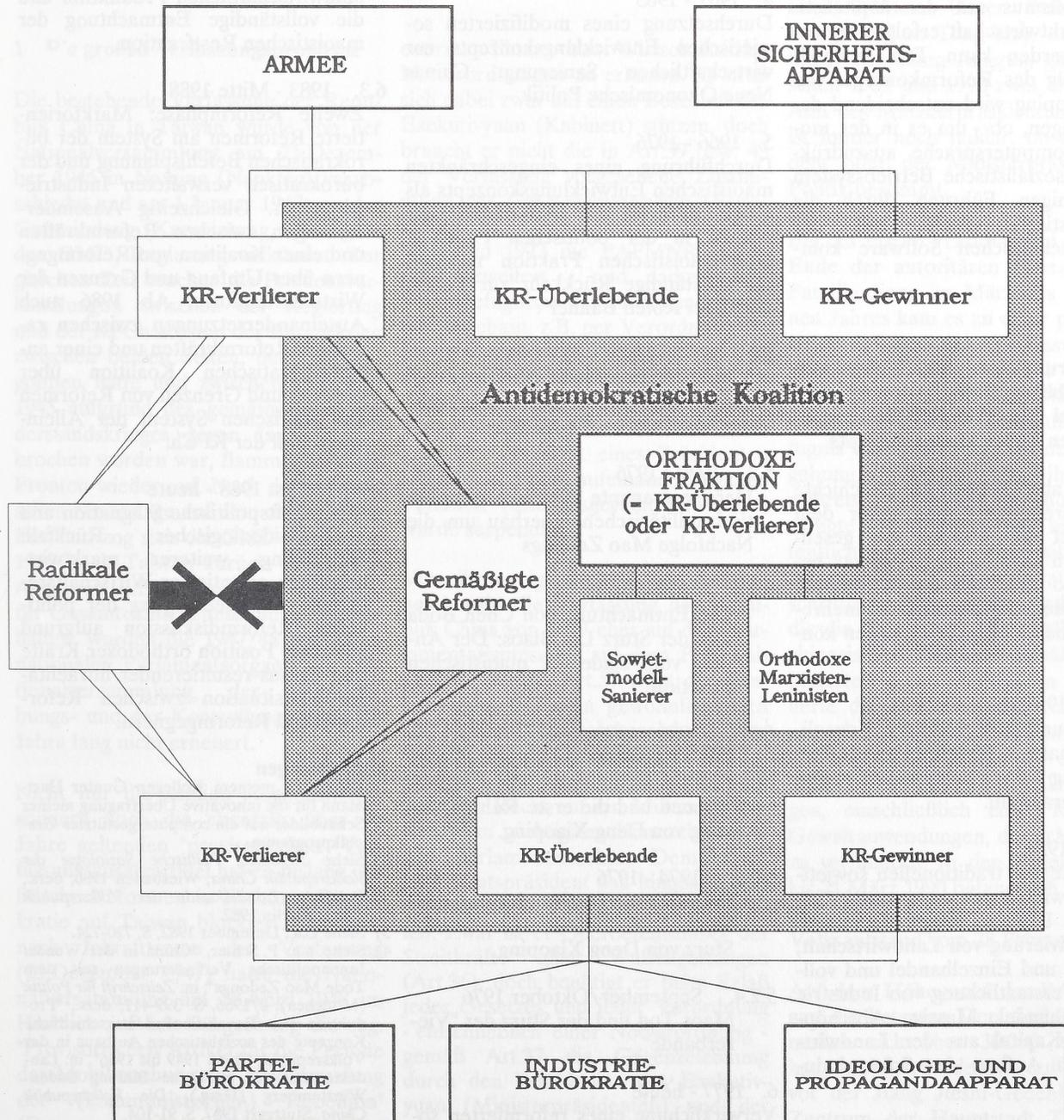
In der Diskussion über die Reform der Industriebewirtschaft und des gesamten Wirtschaftssystems haben die Vertreter der Sowjetmodell-Sanierung - in Anknüpfung an die Politik der frühen 60er Jahre - oft die "Sanierung" (tiaozheng; eigentlich: ins Gleichgewicht bringen) der Wirtschaft als Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaftsreform gefordert. Mit der Argumentation 'Sanierung vor Reform' ist von den Sowjetmodell-Sanierern immer wieder versucht worden, marktwirtschaftlich orientierte Reformen aufzuschieben. Seit Herbst 1988 haben die Sowjetmodell-Sanierer die "Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds und Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung" (zhili jingji huanjing, zhengdun jingji zhixu) auf ihre Fahnen geschrieben - Ziele, die zunächst erreicht werden müßten, bevor weitere Wirtschaftsreformen in Angriff genommen werden könnten. Der politische Wahlspruch der chinesischen Sowjetmodell-Sanierer könnte lauten: 'Begrenzte wirtschaftliche Liberalisierung im Rahmen einer im wesentlichen zentral verwalteten und verstaatlichten Wirtschaft, aber keine politische Liberalisierung!'

Zu den Sowjetmodell-Sanierern zählen die Verantwortlichen für die Wirtschaftsplanung während der 50er Jahre (bis 1957), die Wirtschaftssanierer der ersten Hälfte der 60er Jahre (1961-1966) und die früheren chinesischen Auslandsstudenten in der Sowjetunion, zu denen beispielsweise Ministerpräsident Li Peng (1928) zählt. Weitere führende Persönlichkeiten der Sowjetmodell-Sanierer sind der Vorsit-

SCHAUBILD 5:

## Intraelitärer Konflikt Ende 1986 und Mitte 1989: Der Streit um politische Reformen und der Sturz von Hu Yaobang und Zhao Ziyang

Determinante intraelitärer Koalitionsbildung:  
Entscheidung über die Frage  
"Nur wirtschaftliche Liberalisierung oder auch politische Demokratisierung?"



KR = Kulturrevolution  
 ⇔ Intraelitärer Konflikt  
 > Unterstützung

ralisierung zuzulassen. Eine politische Liberalisierung, die in der Aufgabe des Machtmonopols der Kommunistischen Partei enden würde, lehnen hingegen auch die konservativen Reformkräfte strikt ab. Genau darin liegt die Begrenztheit des Dengschen Konzepts. Ebenso wie die konservativen Reformer am chinesischen Kaiserhof vor über 100 Jahren davon träumten, "mit dem chinesischen Wissen als Substanz die westliche Technik zu nutzen", um China zu modernisieren, scheint Deng Xiaoping auch heute noch die Ansicht zu vertreten, daß das politische System des Sozialismus mit der kapitalistischen Marktwirtschaft erfolgreich verbunden werden kann. Der letztendliche Erfolg des Reformkonzepts von Deng Xiaoping wird entscheidend davon abhängen, ob - um es in der modernen Computersprache auszudrücken - das sozialistische Betriebssystem der alleinigen Führung durch die Kommunistische Partei mit der marktwirtschaftlichen Software kompatibel ist.

#### 4. Periodisierung der Geschichte der Volksrepublik China unter dem Blickwinkel des Wandels des gesellschaftlichen Entwicklungskonzepts

Wenn wir abschließend die Geschichte der Volksrepublik China unter dem Blickwinkel des Wandels des gesellschaftlichen Entwicklungskonzepts betrachten, so lassen sich 6 große Phasen unterscheiden, die wiederum in mehrere Unterphasen unterteilt werden können:

##### 1. 1949 - 1952

Politische und wirtschaftliche Konsolidierungsphase: Bodenreform, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Wiederaufbau.

##### 2. 1953 - 1957

Übernahme des traditionellen sowjetischen Entwicklungskonzepts und "Sozialistische Umgestaltung": Vollständige Kollektivierung von Landwirtschaft, Handwerk und Einzelhandel und vollständige Verstaatlichung von Industrie und Großhandel. Massive Abschöpfung von Kapital aus der Landwirtschaft zum Aufbau der Schwerindustrie.

##### 3. 1958 - 1960

Verwirklichung des radikalen maoistischen Entwicklungsmodells der "Drei Roten Banner": Volkskommunen, "Großer Sprung nach vorn" und Wirtschaftsaufbau durch militärisch organi-

sierte Massenbewegungen. Der Landwirtschaft werden noch mehr Lasten aufgebürdet, z.B. die Kosten für lokale Verwaltung und Infrastrukturprojekte sowie das Schmelzen von Eisen und Stahl. Hinzu kommt die totale Kollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion und der bäuerlichen Lebensverhältnisse. Dieser Kriegskommunismus in Friedenszeiten endet mit einer katastrophale Hungersnot von 1959 bis 1961 ("Drei bittere Jahre"), der rund 18,8 Mio. Tote über die normale Sterberate hinaus zum Opfer fallen.

##### 4. 1961 - 1965

Durchsetzung eines modifizierten sowjetischen Entwicklungskonzepts zur wirtschaftlichen Sanierung: Chinas Neue Ökonomische Politik

##### 5. 1966 - 1976

Durchführung eines eingeschränkten maoistischen Entwicklungskonzepts als Folge permanenter Auseinandersetzungen in der politischen Führung: Der maoistischen Fraktion mißlingt die vollständige Rückkehr zur Politik der "Drei Roten Banner".

##### 5.1. 1966 - 1969

"Große Proletarische Kulturrevolution": Die gewaltsame Rückkehr der Maoisten an die Macht

##### 5.2. 1970 - 1976

Der permanente Konflikt im politisch-militärischen Überbau um die Nachfolge Mao Zedongs

##### 5.2.1. 1970 - 1971

Die Entmachtung von Chen Boda und der Sturz Lin Biaos: Der Anfang vom Ende der maoistischen Fraktion.

##### 5.2.2. 1972 - 1973

Die Rückkehr von gemäßigten Kräften in politische Führungspositionen und die erste Rehabilitierung von Deng Xiaoping.

##### 5.2.3. 1974 - 1976

Die Gegenoffensive der maoistischen Radikalen und der zweite Sturz von Deng Xiaoping.

##### 5.2.4. September/Oktober 1976

Maos Tod und der Sturz der "Vierbände".

##### 6. 1977 - heute

Verwirklichung eines reformierten sowjetischen Entwicklungskonzepts: Demaoisierung, Reprivatisierung der landwirtschaftlichen Produktion und marktorientierte Reformen am System der bürokratischen Befehlsplanung und der bürokratisch verwalteten Indu-

striewirtschaft. Beibehaltung des Ein-Partei-Systems der KPCh.

##### 6.1. 1977 - 1978

Die zweite Rehabilitierung von Deng Xiaoping und sein Aufstieg zur Macht in der Auseinandersetzung mit der maoistischen Restfraktion unter Hua Guofeng: "Zwei Was-auch-immer" kontra "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen".

##### 6.2. 1979 - 1982

Erste Reformphase: Die Dekollektivierung und Reprivatisierung der landwirtschaftlichen Produktion und die vollständige Entmachtung der maoistischen Restfraktion.

##### 6.3. 1983 - Mitte 1988

Zweite Reformphase: Marktorientierte Reformen am System der bürokratischen Befehlsplanung und der bürokratisch verwalteten Industrie-wirtschaft. Gleichzeitig Auseinandersetzungen zwischen Reformkräften und einer Koalition von Reformgegnern über Umfang und Grenzen der Wirtschaftsreform. Ab 1986 auch Auseinandersetzungen zwischen radikalen Reformkräften und einer antidemokratischen Koalition über Umfang und Grenzen von Reformen am politischen System der Alleinherrschaft der KPCh.

##### 6.4. Herbst 1988 - heute

Wirtschaftspolitische Stagnation und politisch-ideologischer Rückfall: Einstellung weiterer marktwirtschaftlich orientierter Wirtschaftsreformen und Beendigung der politischen Reformdiskussion aufgrund stärkerer Position orthodoxer Kräfte und daraus resultierender intraelitärer Pattsituation zwischen Reformern und Reformgegnern.

#### Anmerkungen

- 1) Ich danke meinem Kollegen Gunter Hartmann für die innovative Übertragung meiner Schaubilder auf ein computergestütztes Graphikprogramm.
- 2) Siehe J.Domes, *Politische Soziologie der Volksrepublik China*, Wiesbaden 1980; ders., *Politische Landeskunde der Volksrepublik China*, Berlin 1982.
- 3) Siehe C.a., Dezember 1982, S. 720-724.
- 4) Siehe u.a. P. Schier, "China in der Wende: Innenpolitische Veränderungen seit dem Tode Mao Zedongs", in: *Zeitschrift für Politik* (München), 4/1986, S. 399-411; ders., "Produktion vor Revolution? Unterschiedliche Konzepte des sozialistischen Aufbaus in der Volksrepublik China 1949 bis 1986", in: *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* (Hrsg.), *Die Volksrepublik China*, Stuttgart 1987, S. 91-104.
- 5) Zitiert nach: T.Scharping, *Mao-Chronik. Daten zu Leben und Werk*, München 1976, S. 209.
- 6) Vergleiche hierzu die jüngste Publikation von Jürgen Domes und Marie-Luise Näth, *China im Aufbruch. Darstellung, Analyse und Dokumente der Frühjahrskrise 1989 in der Volksrepublik China*, Frankfurt 1990, S. 37ff.